„Der Courier"
Organ der deutschsprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
„Western Printers Association, Limited"

J. W. Ehmann, Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Chefredakteur.

Geschäftsstelle in Regina, Sask.:
1835 Halifax Straße.

Geschäftsstelle in Edmonton, Alta:
9753 Jasper Avenue.

Mittwochausgabe 12—24 Seiten stark.

"DER COURIER"
The Organ of the German-speaking settler of the West
MEMBERS OF A.B.C.

Printed and published every Wednesday by THE WESTERN PRINTERS ASS'N, LTD., a joint stock company, at its office and place of business, 1835 Halifax Street, Regina, Sask., Can.
All stock owned by the readers of the paper.
J. W. EHMANN, *Managing Director.*
(Advertising Rates upon application)

Canadas Kampf gegen den Kommunismus.

Nach einer Meldung aus Halifax sind in der dortigen Einwandererhalle eine ganze Reihe von Kommunisten eingesperrt, deren Deportierung bevorstehen soll. Unter den roten Abschubkandidaten, die, von der Königlichen Canadischen Berittenen Polizei streng bewacht, vor einigen Tagen in Halifax eintrafen, sind Stephan Worebek und Nik. Maychuk von Montreal sowie Dan Holmes, Orton Wade und Konrad Cessinger von Winnipeg. Ferner wurden in Sudbury, Ontario, Arvo Baara, der Schriftleiter der kommunistischen finnischen Zeitung „Vapaus", und deren Uebersetzer Martin Parker verhaftet, um in Halifax bis zum Abtransport einquartiert zu werden.

Im canadischen Parlament zu Ottawa rief das energische Vorgehen gegen die roten Umstürzler eine ziemlich erregte Debatte hervor. Ein vom Einwanderungsgesetz vorgesehener Untersuchungsausschuß soll, wie im Unterhaus mitgeteilt wurde, in Halifax zusammentreten, um das staatsgefährliche Treiben der verhafteten Kommunisten genauer unter die Lupe zu nehmen, worauf der canadische Einwanderungsminister Gordon die endgültige Entscheidung fällen wird. Der Arbeiterabgeordnete James S. Woodsworth von Winnipeg-Nord-Mitte erging sich bei dieser Gelegenheit in scharfen Ausfällen gegen die konservative Bennett-Regierung, die nach seiner Ansicht gegen elementare Rechtsbegriffe verstoßen haben soll. Selbst Mördern, so führte Woodsworth aus, werde das Recht auf eine angemessene Untersuchung an Ort und Stelle eingeräumt, während man die Winnipeger Kommunisten erst 2000 Meilen weit bis nach Halifax transportiert habe, wo man über ihr ferneres Schicksal entscheiden wolle. Wie könne man eine solche Handlungsweise vor den Hunderttausenden fremdgeborener Bürger Westcanadas rechtfertigen, denen man die Grundgedanken des britischen Rechtes und der britischen Gerechtigkeit zu predigen suche, wenn man nach Art der zaristischen oder sowjetistischen Tyrannei vorgehe? Canada werde hysterisch und gerate wegen einiger Kommunisten in Panik. — Soweit Herr Woodsworth.

Das Gerechtigkeitsgefühl des Arbeiterabgeordneten von Winnipeg-Nord-Mitte in allen Ehren! Gewiß soll auch jenen, die in den Verdacht kommunistischer Wühl- und Hetzarbeit geraten sind, eine unparteiische Untersuchung zuteil werden. Doch glauben wir, daß im Falle einzelner Verhafteten bereits hinreichende Beweise für deren Umsturztätigkeit vorhanden sind, sodaß das schnelle Zupacken der Behörden wohl seine guten Gründe hat. Nicht jeder, der gelegentlich einmal radikale Töne von sich gibt, ist roter Revolutionär. Wer jedoch regelmäßig und systematisch sich an der Arbeit kommunistischer Organisationen beteiligt, wer durch Propaganda und Agitation für die kommunistische Idee sich werbend einsetzt, stellt sich damit auf die Seite der Staatsfeinde, weil der Kommunismus seinem Programm, seinen Methoden und seinem Endziel nach in direkten Gegensatz zur bestehenden Staatsordnung tritt. Alle Versuche, diese Tatsache zu verschleiern oder zu beschönigen, sind Täuschungsmanöver, die den Kenner der kommunistischen Theorie und Praxis kalt lassen. Mit dem nämlichen Recht, mit dem der Sowjetstaat alle Sowjetfeinde verfolgt, bekämpft, martert und hinrichtet, kann sich der nichtkommunistische Staat wenigstens gegen das Eindringen kommunistischer Agitatoren schützen oder solche, die das Gastrecht des Landes mißbrauchen, ausweisen. Es handelt sich dabei um einen Grundbegriff der staatlichen Souveränität, den das rote Moskau ebenso hochhält und noch rücksichtsloser zur Anwendung bringt als die sogenannten „kapitalistischen" Staaten.

Für uns Deutsch-Canadier, die wir stets mit Nachdruck auf unsere Loyalität und Gesetzestreue hingewiesen haben, ergibt sich daraus eine ernste Lehre. Wenn wir das hierzulande mühsam errungene Ansehen bewahren wollen, empfiehlt sich die sorgfältige Vermeidung alles dessen, was uns mit radikalen Bewegungen in Verbindung bringen könnte. Von allen Seiten werden wir beobachtet und belauert. Wir haben mit gehässigen Gegnern zu rechnen, die sich vielleicht gegenwärtig im Verborgenen halten, aber zum Sprunge bereit sind, um über uns herzufallen, wenn sie den guten Namen der Fremdgeborenen, der sogenannten „Foreigners", in den Schmutz ziehen können. Abgesehen davon, daß jeder Radikalismus, besonders aber der Kommunismus undeutsch und unchristlich ist, sollten wir es auch als ein Gebot der Klugheit und als ein Erfordernis deutscher Würde im Auslande betrachten, uns nicht mit Aufwieglern und Hetzern aus slawischen Völkerschaften auf eine Stufe zu stellen.

Verlangen nach deutscher Kunst.

Der Gedanke, daß die lange Reihe der großen Kunstausstellungen einzelner Völker in London nach dem Krieg durch eine Schau der deutschen Kunst gekrönt werden müsse, faßt jetzt in England immer stärkere Wurzeln. Die Kenntnis der großen Leistungen, die die deutsche Kunst von den Tagen Karls des Großen bis zur Gegenwart geschaffen, ist ja in Großbritannien erstaunlich gering, und so dürfte eine deutsche Schau im Burlington House eine Offenbarung bedeuten, die auch einen hohen kunstpolitischen Wert haben würde. Die Bedenken wegen Transportschwierigkeiten und Gefährdung unersetzlicher Werte müßten dagegen in den Hintergrund treten, zumal sie sich ja bei den bisherigen Ausstellungen, die von Spanien, Belgien, Holland, Italien, Frankreich und Persien veranstaltet wurden, als unbegründet erwiesen haben.

Ein Beweis für die wachsende Sehnsucht in englischen Kunstkreisen nach einer solchen Ausstellung ist eine Aeußerung des hervorragenden britischen Kunstgelehrten und Organisators Sir Martin Conway, des jetzigen Lord Conway of Allington, die er in der Bruckmannschen Kunstzeitschrift „Pantheon" veröffentlicht. „Noch bleibt nach all dem bisher Gebotenen eine wichtige Lücke," schreibt er. „Die Freunde der Kunst verlangen, daß die Kunst der großen deutschen Schulen an dem Ort und an den Wänden gezeigt werde, an denen wir die Meisterwerke der anderen verschiedenen Schulen sahen. Wo Valesquez, van Eyck, Rembrandt, Vermeer und Chardin einander gefolgt sind, wollen wir nun die Werke der Kölner Schule, das Werk eines Dürer, Holbein, Elsheimer und der modernen Deutschen — Menzel und der anderen — sehen. Ebenso sehr verlangt uns danach, die Werke der mittelalterlichen Holzbildhauer und die Beispiele des Kunstgewerbes in kostbaren Metallen usw. zu betrachten."

Wer die deutschen Museen kennt, wird sich unschwer vorstellen, wie wundervoll die Räume der Royal Academy sich präsentieren würden mit den Möbeln, der Holzbildhauerei und der Dekoration, die von Tirol bis Bremen den Stolz der Bürger so vieler großer und kleiner deutschen Städte und Staaten bilden.

Weltumschau

Umbildung der Reichsregierung? Eine Umbildung des deutschen Reichskabinetts unter Heranziehung von rechtseingestellten Persönlichkeiten soll unmittelbar bevorstehen. Gut unterrichtete Kreise wollen wissen, daß der derzeitige Reichswirtschaftsminister Prof. Dr. Hermann Warmbold, ein Fachminister, der außerhalb des politischen Getriebes steht, sich mit der Absicht trägt, sein Amt niederzulegen. Auch sein Nachfolger soll schon gefunden sein und zwar soll die Wahl Brünings auf Karl Goerdeler, den derzeitigen Oberbürgermeister Leipzigs und Preisdiktator des Reichs gefallen sein. Goerdeler ist ausgesprochener Deutschnationaler.

Weiter wird gemeldet, Herr Brüning gedenke wahrscheinlich das Portefeuille des Aeußeren niederzulegen und seine fernere Tätigkeit auf den Reichskanzlerposten zu beschränken, da dieser ihn vollauf beschäftige. Als Reichsaußenminister werden genannt: Konstantin Freiherr von Neurath, der derzeitige deutsche Botschafter in London, Staatssekretär Bernhard von Bülow im Auswärtigen Amt und Rudolf Nadolny, der deutsche Botschafter in der Türkei und Chef der deutschen Delegation zur Abrüstungskonferenz.

Noch von einer dritten Möglichkeit wird gesprochen. General Wilhelm Groener steht zurzeit sowohl dem Wehr- wie auch dem Innenministerium vor. Nun soll beabsichtigt sein, ihm einen dieser beiden Posten abzunehmen, wahrscheinlich das Wehrministerium, so daß er weiterhin nur als Reichsinnenminister fungieren würde. Darüber, wer an seine Stelle als Wehrminister berufen werden soll, verlautet noch nichts bestimmtes, doch wird getuschelt, daß auch für diesen verantwortungsvollen Posten ein Mann der Rechten ausersehen sei.

Reichspräsidentenwahl gültig. Der Reichsbeauftragte für das Wahlprüfungsverfahren, Dr. Kaisenberg, Ministerialrat im deutschen Reichsministerium des Innern, hat die am 10. April erfolgte Wiedererwählung des Reichspräsidenten Paul von Hindenburg für „gültig und rechtskräftig" erklärt.

Die Nationalsozialisten hatten Hindenburgs Erwählung angefochten und von ihren juristischen Vertretern nicht weniger als 64 Einwände dagegen erhoben, welche die Sozialdemokraten von ihren Rechtsbeiständen durch Gegenbeschuldigungen entkräften ließen. Der Reichsbeauftragte ließ sich auf all das aber gar nicht ein, sondern wies die vielen Beschwerden mit der Begründung ab, daß, selbst wenn einige von ihnen berechtigt sein sollten, sie nicht das Ergebnis von fast sechs Millionen Stimmen Mehrheit für Hindenburg erschüttern könnten.

Was Adolf Hitlers Gefolgschaft zur Anfechtung der Wahl vorbrachte, waren hauptsächlich Klagen darüber, daß ihre Wahlkampagne durch Einmischung der Polizei behindert, daß ihnen die Benutzung des Rundfunks verwehrt, daß 200 nationalsozialistischen Blättern das Erscheinen zeitweise verboten, und daß auf Regierungsbeamte ein Druck ausgeübt worden sei, für Hindenburg zu stimmen. Demgegenüber machten die Sozialisten verschiedenen Gegenden Deutschlands geltend, daß die Nationalsozialisten durch Terrorismus Wähler eingeschüchtert und abgeschreckt hätten.

Keine Hohenzoller-Gelder für Hitler. Weder der ehemalige Kaiser Wilhelm, noch seine Vermögensverwalter, noch Mitglieder der ehemalig kaiserlichen Familie zahlen Beiträge zur nationalsozialistischen Bewegung Adolf Hitlers, sagt Major Müldner von Mühlheim, einer der Verwalter des Hohenzollern-Vermögens. Er sagte, ein kommunistisches Blatt habe eine Geschichte erfunden, daß der ehemalige Kaiser 250,000 Mark (etwa $60,000) an Hitler gesandt habe und daß Prinz August Wilhelm weitere 220,000 Mark der Bewegung zur Verfügung gestellt habe.

Major von Müldner sagte ferner, daß der frühere deutsche Kaiser nicht die Absicht habe, die Einladung der Handelskammer von St. Thomas und anderer dortiger Organisationen anzunehmen, die Jungfrauen-Inseln zu besuchen und seine Residenz dort aufzuschlagen. „Obgleich diese Anregung offenbar gut gemeint war, steht sie bezüglich einer Annahme durch Sr. Majestät außer Frage," erklärte er.

Deutschland braucht ausländischen Weizen. Für fünfzehn von den hundert Mühlen Deutschlands, welche Auslandsweizen vermahlen dürfen, ist der Zoll, den sie für importierten Weizen bezahlen müssen, durch Regierungserlaß bis zum 20. Juni um 50 Mark, d.h. auf 180 Mark, pro Tonne ermäßigt worden. Die Maßnahme ist durch den Weizenmangel in Deutschland veranlaßt worden. Amerikanische Konsulatsbeamte schätzen den damit erlaubten Mehrbetrag des Weizenimports in Deutschland auf etwa 100,000 Tonnen.

In dem Erlaß ist nämlich gesagt, daß er nur für Mühlen gelten soll, welche schon vor zwei Jahren, von April bis Juni 1930, ausländischen Weizen mitvermahlen haben, und daß die Ermäßigung auf eine Quantität von 15 Prozent des damals von ihnen mitvermahlenen Auslandsweizens beschränkt sein soll.

Im Weiteren besagt der Erlaß, daß nach wie vor in den deutschen Mühlen 97 Prozent deutscher Weizen zu vermahlen ist, daß aber diese zu vermahlende Quantität deutschen Weizens in den fünfzehn Mühlen, welche für den Mehrimport von ausländischem Weizen in Betracht kommen, bis zum 20. Juni auf 70 Prozent herabgesetzt werden darf. In diesen Mühlen darf bis zum 15. August dem erzeugten Weizenmehl bis zu 30 Prozent, mit ausländischem Weizen erzeugtes Weizenmehl zugesetzt werden.

Oesterreich gegen Luxuseinfuhr. Das Exekutivkomitee des österreichischen Nationalrates hat unter den ihm übertragenen besonderen Vollmachten zur Regulierung des Außenhandels in scharfer Weise die Einfuhr von entbehrlichen Luxusartikeln beschränkt. Durch die Verfügung werden Bananen, Kokosnüsse, Austern, Champagner, Kaviar und viele andere Artikel betroffen.

Das Dekret verfügt kein glattes Einfuhrverbot, bestimmt aber, daß eine Importerlaubnis erwirkt werden muß, ehe 66 „entbehrliche" Luxusartikel in das Land gebracht werden können. Die Politik der Regierungskommission ist es, diese Erlaubnis nach Möglichkeit zu verweigern. Die Verfügung dürfte die jährliche Einfuhr um $50,000,000 reduzieren.

Unter den betroffenen Artikeln sind: Büchsenfrüchte, gedörrte Pflaumen, Schmalz, Speck, Gummiwaren, frisches und gefrorenes Fleisch, ausgenommen überseeisches, Autos, Radios, elektrische Artikel, Hummer, Liköre, Weine, Uhren, Artikel der Schönheitspflege und eingemachte Gurken. Ebenso Ananas, Butter, kondensierte Milch, Baumwollgüter, Papier und gußeiserne Röhren.

Der erste Wahlgang in Frankreich. Gewinne der Radikalsozialisten in den französischen Kammerwahlen vom 1. Mai lassen die Möglichkeit der Bildung einer liberalen Koalitionsregierung unter Führung von Edouard Herriot in Erscheinung treten. Die ganze Frage kam jedoch erst am 8. Mai zur Entscheidung, da in der ersten Wahl weniger als ein Drittel der 615 Kammerabgeordneten gewählt wurden. Für 367 Mandate, für die keine absolute Mehrheit erzielt wurde, müssen Stichwahlen abgehalten werden. In diesen Wahlen entscheidet einfache Mehrheit. Vier Abgeordnete der Kolonien werden erst später im Jahr gewählt werden.

Die Radikalsozialisten gingen mit 63 Sitzen aus dem ersten Wahlgang hervor. Sie verfügen damit soweit über den größten Block von Deputierten, während die Linksrepublikaner Andre Tardieus stark zurückgeblieben sind und bislang nur 37 Kandidaten durchgebracht haben.

Einflußreiche Zeitungen wie „Temps" und „L'Information" geben die Abschwenkung nach den Radikalsozialisten zu; der „Temps" drückt jedoch Genugtuung darüber aus, daß diese Stimmenabwanderung nicht dem extremen Sozialismus oder Kommunismus zugute gekommen ist. Die Stärke der Radikalsozialisten in den größeren Städten wird allgemein auf die Arbeitslosigkeit zurückgeführt.

Selbst wenn Herriot ein Ministerium bilden würde, würden wenig Aenderungen in der französischen Außenpolitik zu erwarten sein. Trotz ihrer Erfolge in der Abstimmung ruhen die Radikalsozialisten keineswegs auf ihren Lorbeeren aus, sondern haben sofort eine energische Kampagne für die Stichwahlen eingeleitet und verhandeln mit anderen Gruppen um Zurückziehung von schwächeren Kandidaten zu ihren Gunsten.

In der ersten Wahl sind 248 Sitze definitiv entschieden worden. Nach dem Bericht des Innenministeriums verteilen sich diese Sitze wie folgt auf die Parteien:

Konservative 3;
Republikanische Demokraten-Union 44;
Unabhängige Republikaner 13;
Demokratische Volkspartei 10;
Links-Republikaner 37;
Radikalsozialisten 63;
Unabhängige Sozialisten 4;
Republikanische Sozialisten 5;
Sozialisten 40;
Kommunistische Sozialisten 3;
Kommunisten 1.

Herriot erließ eine Erklärung, in der er sagte, die Radikalsozialisten erwarteten, daß ihre Partei mit 145 bis 150 Abgeordneten in die neue Kammer einziehen werde, und daß die Sozialisten 115 bis 120 Deputierte erwählen werden. Sollten sich diese Voraussetzungen als richtig erweisen, so begünstige er ein Zusammengehen der Radikalsozialisten mit dem linken Flügel der Mittelgruppen.

„Sollte ich angegangen werden," fuhr Herriot fort, „ein Kabinett ähnlich jenem vom Jahre 1924 zu bilden, in dem den Radikalsozialisten die ganze Verantwortung aufgebürdet würde, so würde ich persönlich ablehnen."

MacDonald und die „Abrüstung." Premier MacDonald erklärte, der Prüfstein für die Abrüstungs-Weltkonferenz sei, ob der Londoner Dreimächte-Flottenvertrag sich zu einem allgemeinen Vertrag oder Uebereinkommen gestalten lasse. Diese Kundgabe des Premiers erfolgte nach seiner Rückkehr von Genf, wo er mit dem amerikanischen Staatssekretär Henry L. Stimson und führenden Staatsmännern Deutschlands, Italiens und anderer europäischer Länder Konferenzen abgehalten hat.

Der Premier bemerkte: „Trotz aller Schwierigkeiten glaube ich noch, daß sehr beträchtliche und wesentliche Arbeit vollbracht werden kann. Ein Fehlschlag ist undenkbar, angesichts der möglichen Folgen. Während meines Aufenthaltes in Genf hatte ich Gelegenheit, wirtschaftliche Fragen zu besprechen, obwohl diese nicht zu den Aufgaben der Konferenz gehören."

MacDonald wird sich später wieder nach Genf begeben. Zuvor besucht er seine Aerzte, um seinen allgemeinen Gesundheitszustand feststellen zu lassen. Besonders wird das eine Auge, das kürzlich einer Operation unterzogen wurde, geprüft werden. Seine Aufenthalt in der Schweiz scheint eine günstige gesundheitliche Auswirkung gehabt zu haben.

Die Türken in Moskau. Der offizielle Empfang für den auf Besuch in Moskau eingetroffenen türkischen Premier Ismet Pascha und seine 34 Begleiter in der prächtigen St. Georgshalle des Kreml-Palastes war die erste gesellschaftliche Betätigung der Sowjetregierung, und den anwesenden Damen war stillschweigend erlaubt, in Abendtoilette zu erscheinen, obwohl nicht alle anwesenden Sowjet-Frauen von dieser Erlaubnis Gebrauch machten. Die Männer erschienen im gewöhnlichen Geschäftsanzug. Auch Ismet Pascha trug einen schlichten Anzug.

Unter den 1000 oder mehr Gästen bei dem Empfang fehlte der mächtigste Mann Sowjet-Rußlands, Joseph Stalin; auch der Präsident der Sowjet-Republiken, Michael Kalinin, war nicht zugegen. Ihr Ausbleiben wurde damit erklärt, daß offiziell ihre Anwesenheit nicht notwendig war.

Im Verlauf des zweiten Tages ihres Aufenthalts in der Sowjet-Hauptstadt besichtigten die türkischen Gäste verschiedene Sowjet-Industrieunternehmungen, darauf folgte ein Gabelfrühstück in der Landwirtschaftsakademie mit Präsident Kalinin als Gastgeber und ein Abendessen, das der Sowjet-Premier Molotow zu Ehren der Gäste veranstaltete. Ein Konzert im Großen Theater bildete den Beschluß der Festlichkeiten.

Maifeiern in aller Welt. Obwohl die Kommunisten und Sozialisten in Berlin am 1. Mai in der gleichen Arena getrennte Feiern abhielten, kam es zu keinen Zwischenfällen. Die Sozialdemokraten feierten die Republik, und die Kommunisten brachten Hochrufe auf die dritte Internationale aus. Beide verurteilten den Nationalsozialismus. Die Beteiligung war eine gewaltige. Etwa 80 Personen wurden bei der großen Hitze ohnmächtig, doch schnell wieder zum Bewußtsein gebracht. In München versuchten die Kommunisten einen Demonstrationszug trotz polizeilichen Verbots, wurden aber schnell zerstreut.

Soweit Nachrichten aus den verschiedenen Hauptstädten erhältlich waren, verliefen die Maifeiern im südöstlichen Europa in guter Ordnung. Die gewohnte Maifeier-Parade der Sozialisten in Wien, ihrer Hochburg, war von herrlichem Wetter begünstigt.

Obgleich Kommunisten und Nationalsozialisten in der Tschecho-Slowakei gleichzeitig Paraden abhielten, lief alles gut ab. In Budapest hatte die Polizei die Parade gebraucht. 76 Agitatoren für den Tag in Haft zu setzen, aber die Bevölkerung schien mehr Interesse an der Eröffnung der Bader- und Badesaison zu nehmen. In den Balkanstaaten waren Demonstrationen verboten.

In Dombrowa-Kohlenrevier (Polen) wurden, als die Polizei auf 700 Maitag-Demonstranten feuerte, zwei Arbeiter getötet, drei verwundet und fünf Polizisten und drei Demonstranten verletzt.

In Moskau marschierten zwei Millionen Proletarier zur Feier des 1. Mai an Lenins Grabmal vorbei und Redner feierten Sowjet-Rußland als „Hort des Weltfriedens." Den Auftakt der gewaltigen Demonstration bildete eine Ansprache des Kriegs- und Marine-Kommissars K. E. Woroschilow an die Moskauer Garnison. Die militärische Parade dauerte drei Stunden und der Vorbeimarsch der Millionen den ganzen Tag.

Die australischen Kommunisten sprengten die offizielle Maifeier in Parrabadt und griffen den stellvertretenden Ministerpräsidenten Thomas Tunnicliffe von Victoria und andere Redner an, bis die Polizei eingriff.

Der Andrang zur deutschen Marine.

Die deutsche Flotte ist durch den Friedensvertrag außerordentlich verkleinert und kann nur verhältnismäßig wenige Freiwillige neu einstellen. Es ist daher begreiflich, daß der Andrang sehr groß und die Auswahl der Bewerber sehr streng ist. Interessante Mitteilungen darüber macht Kapitän Saalwächter, der Leiter der Personal-Abteilung.

„Von etwa 20 Bewerbern kann nur einer berücksichtigt werden," schreibt er, „und ähnliches gilt für den Andrang zur Offizierlaufbahn. So erfreulich dieser Drang zur Marine ist, so schmerzlich ist es doch, daß wegen Mangel an Stellen so viele, auch wenn sie durchaus geeignet sind, einfach nicht eingestellt werden können. Es vergeht wohl kein Tag, an dem nicht ein oder mehrere Gesuche abgelehnter Bewerber bei mir eingehen, mit oft flehentlichsten Bitten, nur bei ihnen mal eine Ausnahme zu machen. Besondere Berücksichtigung finden Bewerber aus dem Saargebiet, Kriegswaisen und Söhne kinderreicher Familien. Die Fürsprache spielt keine Rolle und darf keine Rolle spielen aus Gründen der Gerechtigkeit. Bei der zahlreichen Bewerbungen ist natürlich der Ersatz als recht gut zu bezeichnen.

„Das Durchschnittsniveau der Freiwilligen ist viel höher als das des Ersatzes vor dem Kriege — ein Ansporn für die Vorgesetzten, mehr noch als früher zu leisten. Daß, trotz dieser großen Auswahlmöglichkeit nicht immer die anfangs Besten eingestellt werden, ist begreiflich. Das Herz kann man keinem Menschen sehen. Die Begutachtung der aus den vielen Tausenden zur engeren Auswahl gestellten Bewerber durch die im Lande herumreisenden Einstellungskommissionen kann naturgemäß nicht so gründlich sein, wie erwünscht wäre. Aber was in der Zeit, die dafür verfügbar ist, geschehen kann, um ein Bild von dem Bewerber zu bekommen, das geschieht. Die körperlichen Tauglichkeitsbedingungen sind sehr hoch gestellt. Das will manchem, der z. B. mit Erfolg Sport treibt, aber trotzdem als körperlich nicht tauglich bezeichnet wird, nicht recht einleuchten. Doch nur ein strenger Maßstab bringt uns die Besten der Besten, und nur diese können bei den wenigen Stellen, die wir haben, genommen werden — schon aus Gerechtigkeitsgründen.

„Die Güte unseres Personals, sein tadelfreies sicheres Auftreten haben im Ausland stets ganz besondere Anerkennung gefunden. Das Ausland hat die beste Möglichkeit, sich ein einwandfreies Urteil zu bilden, da es unser Personal mit dem der anderen Marinen vergleichen kann. Dieser Vergleich ist stets zugunsten des deutschen Personals ausgefallen und hat sehr viel dazu beigetragen, das Ansehen des deutschen Namens zu beseitigen und die Kriegsgreuel-Märchen als Lügen zu entlarven."

Borahs Rezept für Weltaufbau

Amerikanischer Senator für Abrüstung, Regelung der Reparationen und Wiederherstellung des Silberwertes.

Washington. — Senator Borah, der Vorsitzende des Ausschusses für auswärtige Beziehungen, legte dem Senat ein dreifältiges Programm für den wirtschaftlichen Wiederaufbau der Welt vor, bestehend aus Abrüstung, Regelung der Reparationen und Wiederherstellung des Silbers zum Werte, den es 1925 gehabt.

„Meiner Ansicht nach wird der Wohlstand nicht zurückkehren, wenn nicht die Rüstungen so eingeschränkt werden, daß diese Bürde den Völkern abgenommen wird, wenn nicht die Reparationen so geregelt werden, daß Europa sich wirtschaftlich erholen kann, und wenn nicht Silber zum Werte, den es 1925 besaß, wiederhergestellt wird, sodaß die Kaufkraft der einen Hälfte der Welt wiederhergestellt wird," erklärte der Redner.

Senator Borah wies auf die trüben Nachrichten hin, die von der Genfer Abrüstungskonferenz einliefen, und betonte warnend, daß ein Versagen der Abrüstungsverhandlungen böse Folgen in der ganzen Welt nach sich ziehen werde. Investoren würden sich scheuen, ihr Geld anzulegen, sagte der Redner. Die Massen des Volkes würden unruhig, nicht nur im Auslande, sondern auch im eigenen Lande, und er wisse nicht, wie lange noch die Völker die schweren Lasten ruhig tragen würden. In den Vereinigten Staaten schreite man nicht zur Revolution, aber es bestehe kein Zweifel darüber, daß sich unter den Völkern der Erde der Glaube verbreite, daß ihre Regierungen den Aufgaben nicht gewachsen seien. Borah erklärte, die Lage in Europa sei ernst, und erwähnte dann den Fehlschlag der Donaustaaten-Konferenz, die erfolglos verlaufen sei, weil an ihr Personen teilgenommen hätten, die noch von dem Geiste des Krieges erfüllt waren. Der Fehlschlag der Donau-Konferenz habe bereits eine Verschlimmerung der Weltlage zur Folge gehabt.

„Man hat bereits prophezeit, daß die Lausanner Konferenz keinen Erfolgt haben kann," rief der Redner aus, um dann zur Diskussion des „Goldproblems" überzugehen. „Wir müssen von dieser Goldmentalität erlöst werden," betonte der Senator. Frankreich und die Vereinigten Staaten besäßen 70 Prozent des Goldes der Welt, die ganzen übrigen Völker nur 30 Prozent. Der Strom des Goldes nach Frankreich und den Vereinigten Staaten habe das Sinken der Warenpreise eingeleitet. Die Deflation, die damals begonnen, dauere an und werde wahrscheinlich weiter andauern. „Ein Preissturz ist wie ein Gletscher, der, einmal ins Rutschen geraten, alles vor sich hinwegfegt," rief der Redner. Er könne nicht einsehen, wie die Welt ihre Schulden bezahlen könne, so lange sich das Gold in zwei Ländern befinde. Schulden müßten entweder mit Gold, mit Waren oder mit Dienstleistungen bezahlt werden.

Feier des deutschen Ausland-Instituts.

Stuttgart. — In dem festlich geschmückten deutschen Auslandsinstitut wurde heute der Jahrestag dieser segensreich wirkenden Anstalt, die versucht, den Kontakt zwischen den Deutschen im Ausland und dem alten Vaterland aufrecht zu erhalten, durch einen Festakt gefeiert. Der Hauptredner war Dr. Hugo Eckner, der Generaldirektor der Zeppelin-Werke in Friedrichshafen und erprobte Führer des Polzen deutschen Luftschiffes „Graf Zeppelin," das sich zur Zeit auf seinem vierten diesjährigen Flug nach Pernambuco befindet. Dr. Eckner feierte das Luftschiff als Pionier des Bestrebens einer raschen Ueberwindung von Zeit und Raum und als Förderer der freundschaftlichen Beziehungen der Völker zu einander.

Die traditionelle Ehrenurkunden-Verleihung folgte dann. Heuer wurden mit solchen Ehrenurkunden bedacht der Roman- und Novellendichter Dr. h. c. Schaeffe, Führer der deutschen Katholiken Brasiliens, und endlich der deutsche Konsul in St. Louis, Mo., Dr. G. Ahrens.

Oesterreichischer Dichter gestorben.

Wien. — Hier ist der österreichische Dichter und Bühnenschriftsteller Hofrat Anton Wildgans gestorben, der seit 1930 Direktor des Wiener Burgtheaters war. Eine Herzkrankheit hat ihn dahingerafft. Er war 51 Jahre alt.

Anton Wildgans war am 17. April 1881 in Wien geboren. In den Jahren 1909 bis 1930 veröffentlichte er drei Gedichtsammlungen — „Herbstfrühling", „Und hätte die Liebe nicht" und „Sonette an Gad". Nach einer zehnjährigen Pause in seinem lyrischen Schaffen ließ er 1924 „Sonette aus dem Italienischen" und fünf Jahre später sein „Buch der Gedichte" erscheinen.

Zwischendurch schrieb er seine Dramen „Armut" (1914), „Liebe" (1916) und „Dies irae", in welchem er moderne Probleme behandelte. 1920 erschien seine biblische Tragödie „Kain" und 1927 sein kraftvolles satirisches Epos „Kirbisch" oder „Der Gerdarm, die Schande und das Glück". Außerdem hat er vor einigen Jahren „Musik der Kindheit", ein Heimatbuch, veröffentlicht.